Nachtrag Steuergesetz 1. Januar 2017

Ergebnis erste Lesung des Kantonsrats vom 10. März 2016	Notizen
Steuergesetz	
<i>Der Kantonsrat des Kantons Obwalden</i> <i>beschliesst:</i>	
I.	
Der Erlass GDB 641.4 (Steuergesetz vom 30. Oktober 1994) (Stand 1. Januar 2017) wird wie folgt geändert:	
Art. 1 Gegenstand des Gesetzes ¹ Der Kanton und die steuerberechtigten Gemeinden erheben nach diesem Gesetz folgende Steuern: <i>e. Aufgehoben</i>	
5. Aufgehoben	
5.1. Aufgehoben	
<i>Art. 130 Aufgehoben</i>	
5.2. Aufgehoben	
<i>Art. 131 Aufgehoben</i>	
<i>Art. 132 Aufgehoben</i>	
<i>Art. 133 Aufgehoben</i>	
5.3. Aufgehoben	
<i>Art. 134 Aufgehoben</i>	
<i>Art. 135 Aufgehoben</i>	

Ergebnis erste Lesung des Kantonsrats vom 10. März 2016	Notizen
Art. 136 Aufgehoben	
5.4. Aufgehoben	
Art. 137 Aufgehoben	
Art. 137a Aufgehoben	
Art. 138 Aufgehoben	
Art. 139 Aufgehoben	
5.5. Aufgehoben	
Art. 140 Aufgehoben	
5.6. Aufgehoben	
Art. 141 Aufgehoben	
Art. 180 ⁵ Bei den Grundstückgewinn- und Handänderungssteuern muss jeder Ehegatte die nach diesem Gesetz den Steuerpflichtigen zustehenden Verfahrensrechte und Verfahrenspflichten für sich alleine ausüben.	
Art. 200 Inventar bei Todesfällen ² Aufgehoben ³ Aufgehoben	
Art. 201 Aufgehoben	
Art. 230 Ordentliche Nachsteuer	

Ergebnis erste Lesung des Kantonsrats vom 10. März 2016	Notizen
<p>² Haben die Steuerpflichtigen Einkommen, Vermögen, Reingewinn, Eigenkapital oder Grundstücksgewinn in ihrer Steuererklärung vollständig und genau angegeben und haben die Steuerbehörden die Bewertung anerkannt, so kann keine Nachsteuer erhoben werden, selbst wenn die Bewertung ungenügend war.</p>	
<p>Art. 262 Steuerpfandrecht an Grundstücken</p> <p>¹ Für alle aus steuerbegründenden Veräusserungen von Grundstücken entstehenden Steuerforderungen (Grundstückgewinn-, Handänderungs-, Einkommens- sowie Gewinnsteuern) steht dem Kanton und den steuerberechtigten Gemeinden an den entsprechenden Grundstücken ein, den im Grundbuch eingetragenen privatrechtlichen Pfandrechten im Range vorangehendes, gesetzliches Pfandrecht zu, welches zu seiner Entstehung keiner Eintragung bedarf; es kann auch ohne Vorliegen einer rechtskräftigen Veranlagung im Grundbuch eingetragen werden.</p>	
<p>10.9 Übergangs- und Schlussbestimmungen zum Nachtrag vom...</p>	
<p>Art. 323 Steuerausgleich</p> <p>¹ Der Kanton leistet zur Minderung der Steuerausfälle in den Jahren 2017 bis 2019 jährliche Ausgleichsbeiträge.</p> <p>² Ausgleichsberechtigt sind diejenigen Gemeinden, deren Steuerkraft weniger als 100 Prozent des Mittels aller Gemeinden beträgt (finanzschwache Gemeinden) und deren jährliche Einnahmen aus den Schenkungs- und Erbschaftssteuern bis 31. Dezember 2016 unter Fr. 500 000.– liegen.</p> <p>³ Die Ausgleichsbeiträge umfassen:</p> <p>a. 2017: Fr. 40 000.– je ausgleichsberechtigte Gemeinde;</p> <p>b. 2018: Fr. 30 000.– je ausgleichsberechtigte Gemeinde;</p> <p>c. 2019: Fr. 20 000.– je ausgleichsberechtigte Gemeinde.</p>	
<p>II.</p>	
<p>Der Erlass GDB 641.41 (Vollziehungsverordnung zum Steuergesetz vom 18. November 1994) (Stand 1. Januar 2017) wird wie folgt geändert:</p>	

Ergebnis erste Lesung des Kantonsrats vom 10. März 2016	Notizen
4. Aufgehoben	
Art. 34 Aufgehoben	
III.	
<i>Keine Fremdaufhebungen.</i>	
IV.	
<p>Dieser Nachtrag tritt am 1. Januar 2017 in Kraft. Er unterliegt dem fakultativen Referendum.</p> <p>Behördenreferendum: Der Kantonsrat beschliesst, gestützt auf Art. 59 Abs. 2 Bst. a der Kantonsverfassung, dieses Gesetz der Volksabstimmung zu unterbreiten.</p>	
<p>Sarnen, ...</p> <p>Im Namen des Kantonsrats Die Ratspräsidentin: Die Ratssekretärin:</p>	